

gilt für das vom Landtag verabschiedete Weiterbildungsgesetz. In gleicher Weise wie für das noch zu verabschiedende Landesrettungsgesetz.

Die Gemeinden selbst werden sich auf die enger und schwieriger gewordene Finanzlage durch eigene Maßnahmen einzustellen haben. Dabei wird man auf der Einnahmeseite sicher überprüfen müssen, ob die Steuerkraft ausgeschöpft und die Gebührenhaushalte an die gestiegenen Kosten angepaßt werden können, wenn nicht sozialpolitische Erwägungen entgegenstehen.

Die SPD-Fraktion wird diese Probleme bei der Beratung des Gesetzentwurfs über den kommunalen Finanz- und Lastenausgleich für das Jahr 1975 sehr ernsthaft beraten und versuchen, den Gemeinden im Rahmen des Möglichen zu helfen. Dazu fühlt sich die SPD-Fraktion aufgrund ihrer überaus gemeindefreundlichen Politik der letzten Jahre ganz besonders verpflichtet.

F.D.P.: Angemessener Stabilitätsbeitrag der Gemeinden

Hierzu erklärte der Vorsitzende der F.D.P.-Landtagsfraktion, Hans Koch:

Die Bundesregierung betreibt mit bemerkenswerter Konsequenz eine erfolgreiche Stabilitätspolitik, die bei sorgfältiger Beobachtung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage grundsätzlich fortgeführt werden muß.

Die Auswirkungen der Steuer- und Kindergeldreform, die ab 1975 der Bevölkerung Steuererleichterungen von 12 bis 15 Milliarden DM zu Lasten der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden bringen werden, verlangen von den öffentlichen Händen eine finanzielle Neubestimmung, die zu einer sparsamen Ausgabenpolitik führen muß.

Mit einem Anteil von 26,5 Prozent (20 Milliarden DM) am gesamten öffentlichen Haushaltsvolumen verantworten die Kommunen 66,8 Prozent aller öffentlichen Investitionen; eine beachtliche Finanzmasse, die der Stabilitätspolitik nicht entzogen werden darf.

Die Bemühungen des Landes, die Auswirkungen der Steuerreform auf die Gemeinden dennoch möglichst gering zu halten, werden im Finanzausgleichsgesetz 1975 deutlich werden.

Auch im allgemeinen Steuerverbund ist eine unter den gegebenen Umständen noch beachtliche Steigerungsrate vorgesehen. Damit kann Nordrhein-Westfalen auch weiterhin das Prädikat „gemeindefreundlichstes Bundesland“ für sich beanspruchen.

Für die Gemeinden erwächst hieraus die Verpflichtung, in eigener Verantwortung Einsparungen vorzunehmen. Ein Unterlaufen der von Bund und Land praktizierten Stabilitätspolitik durch eine mit dem Hinweis auf die im Bundesdurchschnitt relativ geringe Verschuldung der nordrhein-westfälischen Gemeinden begründete überzogene Kreditfinanzierung wäre verfehlt. Damit würden ebenso wie durch eine zu Lasten der gemeindlichen Steuer- und Gebühreneinzahler zu weit gehende Ausschöpfung gemeindlicher Einnahmequellen mit dem Ziel, auf jeden Fall alle Ausgabenwünsche realisieren zu können, diejenigen bestärkt, die den Kommunen in der Vergangenheit häufig ein konjunkturelles Fehlverhalten unterstellten.

Porträt



Gerhard Brock (CDU)

Er zählt nicht zu den auffälligen Parlamentariern des Düsseldorfer Landtages, sein Aktionsradius liegt mehr in den Ausschüssen und hier vor allem im kommunalpolitischen: Der CDU-Abgeordnete Gerhard Brock (52) aus dem niederrheinischen Kleve sieht seine besondere Aufgabe darin, die Brücke zwischen dem Land und den Gemeinden weiter auszubauen und zu festigen.

Er fühlt sich bei diesem sich selbst gegebenen Auftrag keinesfalls als „kommunaler Interessenvertreter“, und auch dann nicht, wenn er vor einer zu starken Reglementierung der Gemeinden durch das Land warnt und ihm „gesetzgeberische Selbstbeschränkung“ empfiehlt.

„Was hier oben beschlossen wird, muß unten bezahlt werden“, argumentiert aus langjähriger Erfahrung der gleichzeitige Landrat des Kreises Kleve. Wenn auch der Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen günstiger als in anderen Bundesländern sei, so ist nach dessen Auffassung die Finanzdecke der Städte und Gemeinden trotzdem völlig unzureichend, und sie wird durch jedes neue Gesetz weiter belastet.

Statt dessen solle man den freien Trägern mehr Initiative einräumen, die Selbstverantwortung des Bürgers gegenüber der Gemeinschaft stärken. Dazu gehöre auch, ihnen verständlich zu machen, daß der Staat allein nicht alle Wünsche nach einer „besseren Lebensqualität“ erfüllen könne.

Der 1970 mit 65,9 Prozent der in seinem Wahlkreis abgegebenen Stimmen in den Landtag gewählte Abgeordnete kennt durch vieljährige kommunalpolitische Tätigkeit die Sorgen der Gemeinden und vor allem der strukturschwachen: Seit 1956 gehört Gerhard Brock dem Kreistag an und wurde fünf Jahre später, als damals 38-jähriger, Landrat. Darüber hinaus war er fast zwei Legislaturperioden im Rat seiner Heimatstadt Kleve tätig, davon längere Zeit als Fraktionsführer der CDU. Als Vorsitzender des Aus-

schusses Raumordnung, Wirtschaft und Verkehr des Landkreistages von Nordrhein-Westfalen kommen seine Kenntnisse infrastruktureller Maßnahmen in Ballungsrandzonen diesem Gremium zugute: der Kreis Kleve wurde in den letzten Jahren durch einen zwölf Kilometer langen Deichbau hochwasserfrei und zwei Brücken über den Rhein für Industrieansiedlungen interessanter.

Den Anstoß zur politischen Betätigung gab Gerhard Brock das „bewußte Miterleben“ des Nationalsozialismus und seiner Folgen, die er als verwundeter Kriegsgefangener im Ural am eigenen Leibe erfuhr: „Man muß durch Mitarbeit Einfluß auf eine Partei und die Gestaltung des Staates nehmen, sonst tun es andere.“ Und so trat er unmittelbar nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft in die CDU ein, war sechs Jahre Kreissprecher der Jungen Union und ist heute Ortsvorsitzender und Mitglied des Kreisvorstandes der Partei. Sein Wirkungskreis reicht jedoch noch weiter, zur Kolpingfamilie und Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB).

Gerhard Brock, der das Schneiderhandwerk schon in vierter Generation ausübt und Vater von vier Kindern ist, kennt die Schwierigkeiten des Mittelstandes ebenso wie die Probleme kinderreicher Familien, für deren Lösung er sich als Abgeordneter im Land und Kreis zielstrebig einsetzt. Er sieht beide als gewichtige Stützen dieses freiheitlichen Staates.

Die Familie ist es dann auch, wo sich der Niederrheiner neue Kraft für den oft nervenaufreibenden Alltag eines Politikers holt.

Jochen Juretko